

WILLKOMMEN IM KRISENGEBIET!

Pünktlich zum Semesterstart herrscht an der Philipps-Universität schlechte Stimmung in Sachen Hochschulpolitik: Präsidium, Senat, DekanInnen und andere Profs, das Studierendenparlament und der AStA – alle machen mobil gegen Kürzungspläne der hessischen Landesregierung in der Hochschullandschaft. Was ist da los? Und was bleibt da für die Linke zu tun?

APO-Führer Siegfried Bien?

Ende März hat das hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst seine Absicht kundgetan, die Mittel für die Unis um 30 Mio. Euro im Jahr zu kürzen. Die Drastik dieser Maßnahme wurde in Marburg unmittelbar deutlich, als die Unileitung eine Personal- und Stellenbesetzungssperre verhängte, gepaart allerdings mit einer ungewohnten Strategie. Die neue Unipräsidentin Katharina Krause kritisierte die Entscheidung aus Wiesbaden öffentlich, und inzwischen scheint die gesamte ProfessorInnenschaft darauf zu setzen, geschlossen Front gegen die Landesregierung zu machen. Sogar zu einer gemeinsamen Demonstration will man mobilisieren, wenn am 11. Mai im Landtag über die Einschnitte beraten werden soll. Senatsmitglied Siegfried Bien, Medizinprofessor, fordert via *Oberhessische Presse* „Vertreter aller Statusgruppen“ auf, an der Demonstration teilzunehmen. Hopp-la. See you on the barricades.

Kapital und Staat und Universität

Dass die Landesregierung weniger Geld hat, das sie an die Universitäten verteilen könnte, ist wohl erstmal keine freche Propagandalüge. Der Staat ist schließlich in erster Linie abhängig von Steuereinnahmen, und die wollen sich nicht mehr ganz so üppig einstellen, seit die große Geldvermehrungsmaschine namens Ka-

pitalismus weltweit in einer ihrer größeren Krisen steckt. Dafür können weder Roland Koch noch sein Kabinett etwas – man soll die Macht dieser Leute ja auch nicht überschätzen. Ihr politischer Entscheidungsspielraum verengt sich auf die Frage, wie mit diesem Minus umgegangen werden soll. Mehr Geld holen bei denen, die trotz Krise schon wieder gut verdienen? Oder eher Ausgaben senken – bei der Bezahlung der Landesbeschäftigten vielleicht? Oder eben in der sozialen Infrastruktur – zum Beispiel im Bildungssystem? Welcher dieser Wege tatsächlich gangbar ist, hängt davon ab, welche Interessengruppen welche Macht entfalten, und welche Wege durch Widerstand versperrt werden. Derartige Situationen dürfte der marxistische Staatstheoretiker Nicos Poulantzas im Sinn gehabt haben, als er formulierte: „Der Staat ist die materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen.“ In diesem Kräftespiel hat einstweilen das Kapital die Nase vorn, und so sind wir es, die die Folgen der Krise zahlen sollen.

Lasst hundert Blumen blühen

Hier lauern neue Probleme: Wenn es gelingen sollte, gegen die Kürzungen an den Unis so starken Widerstand zu organisie-

<http://gruppedissident.blogspot.de>
4dissident@gmx.de



ren, dass sie nicht durchgesetzt werden können, kann man in Wiesbaden immer noch auf die Idee verfallen, sich eine noch schwächere soziale Gruppe zu suchen, bei der man kräftig spart. Das kann nicht Sinn der Sache sein. Unsere Profs, die sich mit einem offenen Brief an die Landtagsabgeordneten gegen die Sparpläne wenden, drohen genau in diese Falle zu tappen: „Wir begrüßen ausdrücklich das Prinzip des nationalen und internationalen Wettbewerbs unter Hochschulen und stellen uns diesem Wettbewerb gerade auch im hessischen Kontext“ heißt es da, um im folgenden einige Verbesserungen der spezifischen Marburger Wettbewerbsfähigkeit einzufordern. Wenn mit Wettbewerb gemeint wäre, dass Wissenschaft immer irgendwie mit dem argumentativen Ringen um Wahrheit zu tun hat – geschenkt. Hier geht es aber darum, über Kosten zu konkurrieren. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. Lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wetteifern, aber bleibt fort mit marktwirtschaftlicher Konkurrenz, wo es um Vernunft und Aufklärung geht!

Wat, wer bist du denn?

Der Protestbrief gibt ein einheitliches Interesse der Marburger Professoren-

schaft und Studierenden vor, dessen Glaubwürdigkeit bei genauerer Betrachtung der UnterzeichnerInnen in Frage zu stellen ist. So hat die Professorenschaft des FB02 geschlossen den "Protestbrief" unterschrieben. Es ist nicht zuletzt am FB Wirtschaftswissenschaften, wo neoliberale Ideologie in Reinform gepredigt wird, das Denken entlang von Kosten- und Nutzenfaktoren bis zum Erbrechen eingeübt wird und in "Forschung und Lehre" sämtliche soziale Bereiche dem permanenten Tribunal des ökonomischen Effizienzkriteriums unterworfen werden. Erst wollen sie den Marktwettbewerb, aber wenns um die eigenen Pfründe und Privilegien geht, dann wird doch etwas Abstand genommen vom Marktdogmatismus und schützende, politische Eingriffe werden eingefordert.

Dass aus dieser Perspektive keine ernstzunehmende Kritik an den Grundsätzen der hessischen Hochschulpolitik zu erwarten ist und in der Unterzeichnung des Protestbriefs nichts anderes zu sehen ist als die Unmutsäußerung einer professoralen Statusgruppe, ist mehr als deutlich. Wer sich schon zu den anderen hessischen Unis bereitwillig in Konkurrenz setzen lässt, und lediglich eine marktadäquate

DAS MARBURGER WIDERSTANDSBÜNDNIS...

...wurde im September 2009 gegründet, um sich gemeinsam gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf Lohnabhängige, Sozialinitiativen, Studierende, PatientInnen usw. zu wehren. Mit dabei sind GewerkschafterInnen, BildungsstreikaktivistInnen, und einige andere.

www.widerstandsbuendnis.tk

Korrektur des Marburger Standortnachteils verlangt, wird darüber hinaus auch nichts dagegen haben, wenn statt bei den Hochschulen bei Sozialprojekten gespart wird.

Ähnlich einzuschätzen ist eine weitere Unterschrift, die auch schon einen Hinweis darauf enthält, in welche Richtung sich die Diskussion entwickeln könnte. Steffen Detterbeck, Staatsrechtler am FB 01 Rechtswissenschaften findet den jüngsten Beschluss der hessischen Landesregierung auch blöd. Er selbst wurde einst von den Fraktionen von CDU und FDP im hessischen Landtag in den Staatsgerichtshof gewählt, um dort die geniale und zugleich kreative CDU-Uminterpretation der hessischen Verfassung "wissenschaftlich" zu unterstützen. Derzufolge wurde der in der Hessischen Verfassung verankerte Grundsatz der Lehrmittelfreiheit ("Der Unterricht ist unentgeltlich") dahingehend interpretiert, dass das Studium mit entsprechenden Studiengebühren belegt werden könnte. Detterbeck ist auf Grund seiner Leistungen in der Verfassungshermeneutik vielleicht der "profilierteste", aber mit Sicherheit nicht der einzige Vertreter von Studiengebühren unter den UnterzeichnerInnen. Ein Tatbestand, der die Liste der versammelten Unterschriften nicht glaubwürdiger erscheinen lässt.

Wenn sich jetzt auch die Professoren dazu bequemen wollen, auf die Straße zu gehen, wie es ihre Studis seit dem Uni-Streik 1997 regelmäßig tun, um ihren Unmut gegenüber immer schlechteren Studienbedingungen auszudrücken, ist das prinzipiell zu begrüßen. Wie die beiden erwähnten Beispiele,

die sich zu einer langen Liste erweitern ließe, zeigen, ist die einheitlich daherkommende Protestäußerung der Marburger ProfessorInnen allerdings mit Vorsicht zu genießen, da ihr materieller Kern letztlich in dem ständepolitisch motivierten Plädoyer für die Wettbewerbsfähigkeit der Marburger Universität besteht.

Letztlich ist es aber auch kein unwahrscheinliches Szenario, dass anlässlich der leeren öffentlichen Kassen die nächste hochschulpolitische Forderung, die aufkommen wird, in dem altbekannten Klassiker besteht: die allgemeinen Studiengebühren.

DIE HILFSKRAFTINITIATIVE...

...setzt sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften an der Marburger Uni ein. Hier geht es um Bezahlung, Arbeitszeiten, Vertragslaufzeiten und dergleichen mehr.

Das nächste Treffen findet statt am 30.04. um 10.30 Uhr. Treffpunkt ist die Automatenansammlung in der PhilFak.

<http://hilfskraftinitiative.blogspot.de>

Standespolitik und das Ganze

Der im Marburger Protestbrief artikulierten Ständepolitik muss eine Kritik gegenübergestellt werden, die artikuliert, was denn wirklich die Scheiße ist, die es abzuschaffen gilt: es kann nicht das Elend der Ordinarien-Elite sein, die um die finanzielle Ausstattung ihrer Lehrstühle bangt, um das sich der studentische Protest dreht. Es sollten die Vorstellungen von einem selbstbe-

stimmten, gebührenfreien Studium jenseits von Leistungsterror und permanenten Notendruck sein, aus deren Perspektive die gegenwärtige Hochschulpolitik zu kritisieren ist.

Eine entsprechende Position sollte zudem eingebunden sein in eine umfassendere Kritik, in der herausgearbeitet wird, dass die Hochschule nur ein Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse ist und von diesen letztlich auch grundlegend bestimmt wird. Es wird vom Kapitalismus und seinen immanenten Krisentendenzen zu sprechen sein und nicht zuletzt auch von der gegenwärtigen Krisenpolitik, deren Einmaleins darin besteht, Banken und Unternehmen zu retten und die Kosten auf soziale Infrastrukturen (von denen die Hochschule nur eine ist) abzuwälzen. Der Mythos, dass kein Geld da sei, der jahrelang dazu benutzt wurde, uns die Einsparungen in Sozial-, Bildungs- etc. -politik zu erklären, hat jegliche Glaubwürdigkeit verloren angesichts der massiven Rettungsaktivitäten im Kontext der jüngsten Wirtschaftskrise.

Von der Phrase in die Praxis

Die große Herausforderung besteht also darin, so gegen die Mittelkürzungen vorzugehen, dass wir nicht gegen andere Gruppen und ihre berechtigten Anliegen ausgespielt werden. Soll eine solche Solidarität gegen die Zumutungen des Kapitalismus nicht nur Phrase in Resolutionen und Flugblättern wie diesem bleiben, braucht es den praktischen, kleinteiligen, mühsamen und langwierigen Kontakt untereinander, die Bereitschaft sich zuzuhören und den Versuch, trotz aller Vielfalt gemeinsam handlungsfähig zu werden. Wer sich an einem solchen Projekt beteiligen will, findet einen guten Anlaufpunkt beim Marburger Widerstandsbündnis, das probiert, in diesem Geiste zu handeln. Die studentischen Protestformen der nächsten Tage und Wochen können auch ein geeignetes Forum sein, um die Kritik praktisch werden zu lassen, nicht zuletzt im Rahmen der Demonstration vom 11. Mai in Wiesbaden.

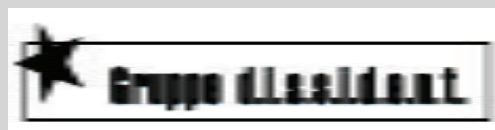
Noch einmal ohne Ironie: See you on the barricades!

— 11. Mai 2010: Demonstration in Wiesbaden gegen die Kürzungen im Bildungsbereich —

DIE GRUPPE D.I.S.S.I.D.E.N.T. ...

...beteiligt sich an den genannten Projekten und an weiteren linken Aktivitäten in Marburg und bundesweit. Mehr Text und andere Infos unter

<http://gruppedissident.blogspot.de>



Grundsätzlich freuen wir uns über neue Leute. Bei Interesse schreib uns eine Mail (4dissident@gmx.de), dann vereinbaren wir ein Treffen, um uns persönlich und politisch kennenzulernen.